



		Vorlagen-Nr.	Datum
Verwaltungsvorlage	öffentlich	07 - 15 0451/2011	06.06.2011

Betreff

Sachstandsbericht zum SGB II

Beratungsfolge

Sozialausschuss	14.06.2011
-----------------	------------

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Sozialausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sachdarstellung :

Erklärtes Ziel der Stadt Emmerich am Rhein bei der Betreuung des Personenkreises der Langzeitarbeitslosen ist es, die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (BG), die auf die finanzielle Unterstützung durch das Arbeitslosengeld II angewiesen sind, zu reduzieren.

Doch trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs gab es in den ersten fünf Monaten des Jahres keine gravierenden Änderungen. Die Gründe hierfür sind vielschichtiger Art. Zum einen steht der Kreis der Alleinerziehenden (203 Fälle) dem Arbeitsmarkt nicht bzw. nur erheblich eingeschränkt zur Verfügung. Zum anderen gibt es einen großen Kreis an Leistungsbezieher, die Drogenprobleme haben. Des Weiteren ist der Anteil der Kunden mit multiplen Vermittlungshemmnissen (ohne Schulabschluss, keine Berufsausbildung, körperliche und gesundheitliche Einschränkungen) extrem hoch.

Am 01.01.2011 gab es in Emmerich am Rhein 1.059 BG. Zwischendurch stieg die Zahl im März gar auf 1.067 an.

Zum 01.06.2011 sieht es folgendermaßen aus:

Bedarfsgemeinschaften: 1.044

Personen: 2.141

Kinder bis einschl. fünf Jahre: 250

Kinder von fünf bis 17: 689

Einer Erwerbstätigkeit gehen 513 Personen nach. 367 einer geringfügigen, 146 einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Erfolgreich verlief die Integration in den Arbeitsmarkt. Von Januar bis einschließlich Mai 2011 wurden 94 Personen in eine Vollzeit- und 26 in eine Teilzeitbeschäftigung vermittelt. In eine geringfügige Beschäftigung wurden 61 Personen vermittelt.

Bis zum 31.05.2011 wurden etliche Maßnahmen durchgeführt. So laufen momentan 44 Vollqualifizierungen (Dauer: zwei bis drei Jahre, viele im Bereich Lager- und Logistik). An Trainingsmaßnahmen und passgenauen Qualifikationen (Dauer: 1 bis zwölf Wochen) nehmen 56 Personen teil. 39 Personen gehen einer beruflichen Weiterbildung (1 bis 4 Jahre) nach.

Unter anderem wurden Einstiegsgelder und Mobilitätshilfen bei Arbeitsaufnahme in 16 Fällen bewilligt. Lohnkosten- und Existenzgründungszuschüsse wurden 24mal gezahlt. Kosten für Führerscheine wurden in sechs Fällen übernommen. An Sprachkursen nahmen vier Personen teil.

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen :

Die Maßnahme hat keine finanz- und haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen.

Leitbild :

Die Maßnahme steht im Einklang mit den Zielen des Leitbildes Kapitel 4.3

Der Bürgermeister

